



Berlin, 29. Juni 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

zum Ende der 18. Legislaturperiode können wir sagen: Deutschland steht gut da!

Noch nie gab es in unserem Land so viel sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie heute. Über 43 Millionen Menschen haben Arbeit und die Jugendarbeitslosigkeit ist besiegt. Wir sind die Wachstumslokomotive in Europa. Die Wirtschaft brummt und die Preise sind stabil. Zudem steigen die Löhne und Renten. Seit vier Jahren haben wir einen ausgeglichenen Haushalt und nehmen keine neuen Schulden auf. Gleichzeitig investieren wir in Bildung und Forschung, unsere Infrastruktur sowie die Digitalisierung. Sie sehen: Die Bilanz der Union stimmt. Es waren vier erfolgreiche Jahre für Deutschland. Wir haben unser Land vorangebracht.

Die sicherheitspolitische Lage hat sich in den letzten vier Jahren stark verändert. In Zeiten neuer Herausforderungen wird Angela Merkel als Anker der Stabilität und Verlässlichkeit international geachtet und geschätzt. Deutschland übernimmt Verantwortung und die Bundeswehr ist gefordert wie selten zuvor. Deshalb ist es richtig, dass wir den Schrumpfungsprozess bei der Bundeswehr nach 25 Jahren beendet und die Trendwenden in den Bereichen Personal, Material und Finanzen eingeleitet haben. Wir stehen zu unserer Zusage, unsere Verteidigungsausgaben zu steigern. Dies dient der Sicherheit unseres Landes und unserer Bündnispartner sowie dem Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten, die im Einsatz und in der Heimat einen tadellosen Dienst verrichten. Zudem wird Deutschland das Ziel einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion weiter mit konkreten Maßnahmen vorantreiben. Die international verabredeten Investitionen sind absolut erforderlich und für unsere Ziele unverzichtbar. Die Union steht für Verlässlichkeit. Selbstbewusst werden wir diese Linie im nun beginnenden Wahlkampf vertreten.

Anfang der kommenden Woche verabschieden wir unser Regierungsprogramm für die Bundestagswahl am 24. September. Wir treten ein für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Die Union geht geschlossen in den Wahlkampf. In den kommenden Wochen werden wir gemeinsam für unsere Ideen kämpfen. Dabei freue ich mich über Ihre Unterstützung! Damit die Union wieder stärkste Kraft im Deutschen Bundestag wird und damit Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt.

Mit den besten Grüßen aus Berlin



Sitzungswoche des Bundestages vom 27. bis 30. Juni 2017

Bundeswehreinsatz im Mittelmeer (Operation Sophia)

Wir haben über die Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes an der Operation Sophia namentlich abgestimmt. Hinsichtlich der Aufgaben und des Einsatzgebietes gibt es beim neuen Mandat keine Veränderungen. Der Einsatz erfolgt im Rahmen der Gesamtstrategie der Europäischen Union zur Bekämpfung der kriminellen Aktivitäten der Menschenschleuser im Mittelmeer. Die personelle Obergrenze verbleibt unverändert bei 950 Soldaten. Der Einsatz unserer Soldaten ergänzt die vielfältigen Bemühungen der Bundesregierung, den Schutz und die Grundversorgung von Flüchtlingen und Migranten zu verbessern und Fluchtursachen konsequent zu bekämpfen.

Bundeswehreinsatz im Libanon (UNIFIL)

Auch über die Verlängerung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen im Libanon haben wir namentlich abgestimmt. Die Obergrenze der einzusetzenden Kräfte verbleibt unverändert bei 300 Soldaten. Angesichts der grenznah in Syrien geführten Kämpfe sind die UNIFIL-Truppen ein wichtiges Instrument zur Sicherung der Stabilität des Libanon.

Leitlinien zur zivilen Krisenprävention

Die Leitlinien der Bundesregierung zur zivilen Krisenprävention lösen den „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahr 2004 ab und ergänzen das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ aus dem Jahr 2016. Erstmals haben wir für einen zeitlichen Horizont von zehn Jahren ein Leitbild für die ressortübergreifende Koordination geschaffen. Es dient als Richtschnur dafür, ob, wie und wo sich Deutschland in unterschiedlichen Krisenkontexten engagieren wird.

Strafen für illegale Straßenrennen

In zweiter und dritter Lesung haben wir ein Gesetz verabschiedet, mit dem wir die Veranstaltung von illegalen Straßenrennen sowie die Teilnahme daran unter Strafe stellen. Bisher sind illegale Straßenrennen nur als Ordnungswidrigkeit verfolgbar, was den damit verbundenen erheblichen Gefahren für uneteiligte Passanten und anderen Verkehrsteilnehmern nicht gerecht wird. Mit dem Gesetzentwurf erfassen wir fortan auch das Problem der „Einzelraser“, die das Leben anderer Verkehrsteilnehmer maßgeblich gefährden.

Urheberrecht und Wissensgesellschaft

Mit diesem Gesetzentwurf erweitern wir die Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken für die Zwecke von Bildung und Wissenschaft. Die Vorschriften werden anwenderfreundlich, insbesondere mit Blick auf moderne Nutzungsgewohnheiten. Nutzungen wie etwa die Verfügbarmachung von Inhalten an Bildungseinrichtungen über Kopien oder eine Zugänglichmachung wird im Umfang von 15 Prozent des Werkes ohne Erlaubnis des Rechteinhabers zulässig sein. Als Ausgleich ist eine angemessene Vergütung zu zahlen, die über eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden kann. Zukünftig werden die gesetzlichen Nutzungsbefugnisse den vertraglichen Abreden weitgehend vorgehen. Eine Bereichsausnahme für Presseartikel ist vorgesehen. In einem Entschließungsantrag haben wir die Bedeutung der Lizenzierung für die Verlage anerkannt, zumal sie aufgrund der aktuellen Rechtslage nur in geringem Umfang an den Ausschüttungen der VG Wort beteiligt sind. Deshalb haben wir die Bundesregierung in einer Entschließung aufgefordert, den Aufbau einer zentralen Plattform der Verlage zu unterstützen, die zukünftig eine praktikable Lizenzierung für Bildung und Wissenschaft ermöglicht. Das Gesetz wird deshalb auf fünf Jahre befristet.

Strafen für Wohnungseinbruchsdiebstahl

Zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität haben wir in zweiter und dritter Lesung das Strafrecht verschärft und die Befugnisse der Strafermittlungsbehörden ausgeweitet. Künftig werden wir den Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung härter ahnden. Der Gesetzentwurf sieht durch die Einführung eines neuen Straftatbestandes Freiheitsstrafen von mindestens einem Jahr und bis zu zehn Jahren vor. Zudem entfällt die Regelung zum minder schweren Fall. Wohnungseinbruchsdiebstahl wird künftig ausnahmslos als Verbrechen gewertet. Um die Aufdeckung von Bandenstrukturen der Täter zu erleichtern, ermöglichen wir es der Polizei, Verbindungsdaten der Tatverdächtigen auf Grundlage eines richterlichen Beschlusses auszuwerten.

Lebenslagen in Deutschland – Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht

Der umfangreiche Bericht der Bundesregierung bescheinigt unserem Land eine positive Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung seit 2005. Von einem Öffnen der Schere zwischen arm und reich kann in den letzten Jahren keine Rede sein – die Verteilung von Einkommen und Vermögen ist seit Jahren stabil, zuletzt schloss sich die Schere sogar leicht. Der Bericht widmet sich weiter den Themen Arbeitsmarktentwicklung, Ungleichheit und Wachstum und gibt einen umfassenden Überblick über Armutsentwicklung, Altersarmut sowie die Auswirkungen des Flüchtlingszuzugs.

Besuch der Ideen-Expo Hannover

Am 15. Juni war ich auf der Ideen-Expo in Hannover zu Gast. Unter dem Motto „Mach doch einfach!“ wurde das Ziel verfolgt, Schülerinnen und Schüler für Naturwissenschaften und Technik zu begeistern. Mit spannenden Experimenten wird alle zwei Jahre das Interesse für die so genannten MINT-Fächer geweckt. Bei meinem Rundgang habe ich etwa den Produktionskosmos zur Industrie 4.0 kennengelernt und war begeistert vom Wissen und Engagement der jungen Nachwuchstalente, die wir 29. Juni 2017

angesichts des Fachkräftemangels in diesem Bereich für die Zukunft dringend brauchen.



Daten und Fakten

In Deutschland geht es gerechter zu

Zentrale verteilungspolitische Indikatoren in Deutschland haben sich seit dem Jahr 2005 wieder normalisiert oder sogar strukturell verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Wenngleich in einigen Bereichen Herausforderungen bestehen bleiben, hat sich hinsichtlich der Einkommensungleichheit zwischen 2005 und 2014 das verfügbare Realeinkommen der oberen 10 Prozent nur um 0,9 Prozent, das der unteren 10 Prozent jedoch um 1,1 Prozent und der unteren 40 Prozent sogar um 1,9 Prozent erhöht. Auch die Lohnentwicklung ist seit dem Jahr 2008 wieder expansiv. Gesamtwirtschaftlich ergibt sich seit dem Jahr 2008 ein tariflicher Reallohnzuwachs von 8,1 Prozent, effektiv sind die Reallöhne in diesem Zeitraum sogar um 11,6 Prozent gestiegen.

Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.ursula-von-der-leyen.de

Bildrechtenachweis:

L. Chaperon; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt; Ideen-Expo 2017